

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 4 (1957)
Heft: 5

Artikel: Luftschutztruppen für Katastrophenhilfe
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-364868>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Friedensarbeit der Luftschutztruppe

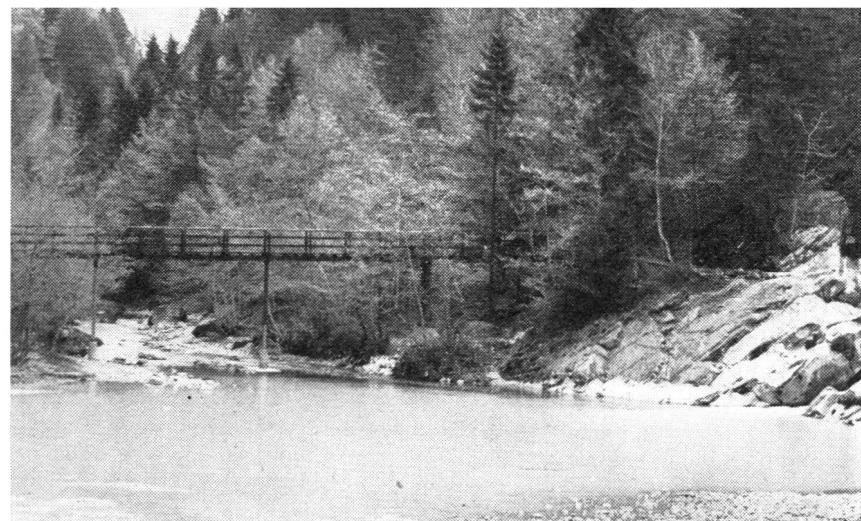
(-rr-) Unweit von St. Gallen, dort wo der Rotbach in die Sitter fliessst, hat die Sitter eine mächtige Molasseschicht durchnagt und einen tiefen Erosionskessel ausgewaschen. Für die Einwohner von Niederteufen, Hinterhaslen und Stein bildet dieser mächtige Kessel im Sommer eine einzigartige Badegelegenheit, einzigartig besonders wegen der wild-romantischen Umgebung und der leichten Zugänglichkeit. Zwei feste Stege führen über den Rotbach und die Sitter und ein guter, wenn auch steiler Weg führt von der Gmünden (bei der kantonalen appenzellischen Strafanstalt) hinunter ins Tobel.

Lange Zeit waren die Stege zerfallen, durch Hochwasser und Rutschungen zerstört. Nur bei niedrigem Wasserstand war es noch möglich, trockenen Fusses über die Bäche zu gelangen. Der Badeplatz «Strom» hat seine Anziehungskraft trotzdem bewahrt und im Hochsommer finden sich Dutzende und Hunderte Badefreudiger ein, um sich in Wasser und Sonne zu tummeln. Im vergangenen Winter sind die Stege neu errichtet worden, womit das schöne Gebiet auch für den geruhsamen Wanderer und Spaziergänger wieder zugänglich wurde. Eine Inschrift am Betonsockel des Sittersteges erinnert an die Erbauer:

Erb. Jan. 1956

Ls. Kp.
II/20

Es war wirklich eine Luftschutzkompanie, welche die Stege zur Uebung ihrer Fertigkeiten erstellte. In starkem Holz, auf Zwischenstützen erstellt, werden sie viele Jahre überdauern und damit vom technischen Können der Erbauer zeugen. Noch erscheinen sie schwarz in ihrem frischen Karbolanstrich, aber die Witterung wird sie bald aufhellen, und dann werden sie sich prächtig in die



Die neuerrichteten Stege passen sich recht harmonisch ins romantische Landschaftsbild ein

natürliche Umgebung einfügen. Die Unterhaltsarbeiten an den Stegen sind neu geregelt worden und verteilen sich auf die Anstössergemeinden nach festem Schlüssel. Auch die Strafanstalt und die Waldbesitzer leisten ihren Tribut an dem Unterhalt. Es hat uns mit ganz besonderer Freude erfüllt, dass heute, im Zeichen des motorisierten Verkehrs und

der Diskussion um die Autobahnen auch noch an die alten Wege und Stege gedacht wird, die nur für Fussgänger bestimmt sind und ihm den Zugang zur freien Natur erleichtern. Vielleicht, dass von der Vereinigung für Wanderwege mit der Zeit auch noch willkommene Wegweiser bei den Stegen angebracht werden. («St.-Galler Tagblatt»)

Luftschutztruppen für Katastrophenhilfe

Die Gemeinde Oberwil im Simmental (Berner Oberland) ist Ende August 1957 von Unwetterschäden, verursacht durch Regenfälle und Wuhrgänge, stark betroffen worden. Zur Vornahme der dringlichsten Sicherungsmassnahmen sind die Ls. Kp. I/16 und III/16 für ihren diesjährigen Wiederholungskurs in das Schadengebiet verlegt worden.

Diese Luftschutztruppen hatten zur Aufgabe, Schutzdämme gegen die weitere Gefährdung einer Häusergruppe und zur Sicherstellung der Bahnlinie aufzuschütten. Ausserdem wurden von den Wehrmännern zwei Stege instandgestellt und der durch Geschiebe verstopfte «Gutwüs-

gaben» ausgeräumt. Dank des beseren Wetters konnten diese Arbeiten innert etwa zehn Tagen restlos ausgeführt werden.

Die Gesamtorganisation dieses Einsatzes unterstand dem Chef der Abteilung für Luftschutz, der einen Verbindungsoffizier an den Schadensplatz entsandte. Von der Gemeinde wurde als ziviler Ortschef und Koordinator aller Hilfskräfte der Feuerwehrkommandant bezeichnet. Für die technischen Anordnungen war der Amtsschwellenmeister zuständig, die Ausführung der Arbeit selbst war dagegen Sache der Truppe, für deren Organisation und Programm ihr Kommandant verantwortlich blieb.

(Fotos von Oblt. Rosenblatt)

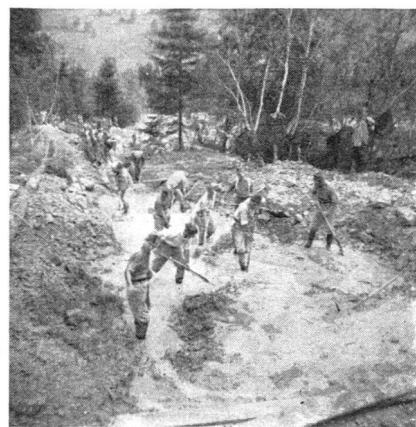
Hauptwaffe Luftschutz!

Weder mit Defaitismus noch mit Selbstauflage hat der Ruf nach breiterer Luftschutz- und Katastrophenausbildung das geringste zu tun. Das Volk beginnt zu erkennen, dass seine Feldarmee nie zum Einsatz gelangen kann, wenn es nicht gelingt, die möglicherweise vorangehenden Schläge modernster Massenvernichtungsmittel zu überdauern — Schläge, denen die Front und das Zuhause in gleicher Härte ausgesetzt sind.

Hptm. G. Kyburz



Die fachmännisch ausgeführte Holzkonstruktion zeugt vom Können unserer Luftschutzsoldaten



Propagierung des Zivilschutzgedankens

Der Zentralvorstand des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz

der am 7. Sept. 1957 in Bern unter dem Vorsitz von Präsident alt Bundesrat Ed. von Steiger zusammentrat, stellte mit Genugtuung fest, dass das Interesse der Bevölkerung an den Fragen des Zivilschutzes mehr und mehr zunimmt. Um die Aufklärung über die Gefahren des modernen Krieges und die Möglichkeiten des Schutzes noch weiter zu fördern, soll demnächst mit der finanziellen Hilfe des Bundes, der Kantone und der Städte ein Film hergestellt werden, der vor allem in den Beiprogrammen der Kinotheater gezeigt würde. Ferner ist die Herausgabe neuer Aufklärungsschriften und die Beteiligung an der schweizerischen Frauenausstellung *SAFFA 1958* geplant.

Im kommenden Herbst und Winter soll die Bevölkerung aufgefordert werden, auf sechs Stunden beschränkte Kurse für Selbst- und Kameradenhilfe zu besuchen, die von den Sektionen des Schweizerischen Samariterbundes durchgeführt werden. Diese neuen Kurse ergänzen die bisherigen Kurse des Schweizerischen Samariterbundes und des Schweizerischen Roten Kreuzes für Erste Hilfe und häusliche Krankenpflege.

Der Zentralvorstand berässste sich auf Einladung des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes eingehend mit dem Vorentwurf zu einem *Bundesbeschluss* über die vorläufige Ordnung des Zivilschutzes. Er wird dem Departement eine Reihe von Vorschlägen, insbesondere zu den Fragen der Schutzdienstpflicht und des Baues von Schutzräumen, unterbreten.

Die Vereinigung schweizerischer Gemeinden

stellt in einem Communiqué mit Genugtuung fest, dass trotz dem negativen Ausgang der Abstimmung der Gedanke des Zivilschutzes weiter gefördert wird. Mit Befriedigung wird davon Kenntnis genommen, dass dem Willen des Souveräns entsprochen werden soll, indem das Obligatorium für Frauen aufgehoben und die Dienstpflicht für Männer auf die Dauer des 20. bis 60. Altersjahres beschränkt wird. Der Zivilschutz, der seiner Natur nach stark ortsgesiedelt ist, sollte in Zukunft ähnlich wie die bewährte Organisation der Feuerwehren, mit grösserer Gemeindekompetenz aufgebaut werden. Da er aber eine nationale Aufgabe versteht, sollten die Gemeinden für den Aufbau und die Organisation des Zivilschutzes stärker vom Bund subventioniert werden. Einem vom Militär stärker gelösten, gemeindeweise und weniger zentralistisch aufgebauten, dank genügenden Bundessubventionen technisch gut gerüsteten Zivilschutz werde das Volk leichter Vertrauen entgegenbringen.

Das westdeutsche Luftschutzgesetz

stand in der soeben zu Ende gegangenen Legislaturperiode im Stadium der Differenzenbereinigung zwischen den beiden Kammern. Länder- und Bundestagsvertreter waren sich dabei einig, dass in einem *Kompromiss über die Kostentragung* der Schlüssel zum Zustandekommen des Gesetzes gefunden werden müsse und dass sich für alle sonstigen Änderungsanträge leicht eine Verständigung finden lassen werde. Im Bundestag gelangte am 29. August 1957 ein Vorschlag des Vermittlungsausschusses zur Annahme, wonach dem Bund die gesamten Nutzungskosten aufzulasten seien, mit Ausnahme der persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten,

die von den Ländern und Gemeinden getragen werden sollen.

Wie wir den «Luftschutz-Berichten» entnehmen, hatte sich der parlamentarische Vermittlungsausschuss darüber geeinigt, dass bei der Aufbringung der Mittel für die Verwirklichung des Luftschutzgesetzes die für die Länder und Gemeinden festgesetzte Quote in Höhe von 30 Prozent fortfallen soll. Der Vermittlungsausschuss machte sich damit die Auffassung der Länder und der SPD zu eigen, die ständig betont hatten, dass der Luftschutz Bundessache sei.

Nachdem der Bundesrat (Länderkammer) am 6. Sept. 1957 dem Gesetz in der Fassung des Vermittlungsausschusses ebenfalls zugestimmt hat, bedarf es noch der Zustimmung der Bundesregierung, weil die Ausgaben des Bundes durch den Vermittlungsvorschlag, der die gesamten Zweckausgaben dem Bund auferlegt, wesentlich erhöht werden.

Inzwischen teilte das Bundesministerium des Innern u. a. mit:

«Auf der Grundlage des Gesetzes kann nunmehr ein zügiger Aufbau des zivilen Luftschutzes durchgeführt werden. Dabei werden die Länder im Auftrage des Bundes tätig, die Gemeinden im Auftrage der Länder. So ist gewährleistet, dass der Luftschutz im gesamten Bundesgebiet einheitlich organisiert wird. In den besonders gefährdeten Orten wird ein Luftschutzhilfsdienst aufgestellt werden; seine Ausrüstung ist bereits im Gange; er soll von freiwilligen Helfern getragen werden. Die Arzneimittelbevorratung, bereits begonnen, kann nun in erweitertem Umfange fortgeführt werden. Ein Luftschutzwardienst, der den modernsten Anforderungen entspricht, wird in bundeseigener Verwaltung eingerichtet werden.

Unsere militärische Verteidigung kann nur wirksam sein, wenn auch ein ziviler Bevölkerungsschutz besteht. Für seinen Aufbau sind jetzt die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Gelingen wird er aber nur, wenn alle — Bund, Länder, Gemeinden und Private, einschliesslich der Wirtschaft — nach besten Kräften dazu beitragen.»

